

Protokoll zum Workshop:

Transnationale Kriminalität in Deutschland: Organisierte Kriminalität und Terrorismus - Situationsdarstellungen und Forschungsfragen -

Veranstalter: Fachdialog Sicherheitsforschung
25. Februar 2011, Wiesbaden

Mit dem Ende des Kalten Krieges und daran anschließenden politischen und gesellschaftlichen Transformationen, mit der Zunahme von Formen fragiler Staatlichkeit in zahlreichen Regionen der Welt aber auch im Gefolge kommunikations- und informationstechnischer Entwicklungen, so die verbreitete Einschätzung, haben Phänomene komplexer transnationaler Kriminalität – namentlich Terrorismus und Organisierte Kriminalität – eine neue Qualität und Brisanz gewonnen. Die von Akteuren in beiden Bereichen verfolgten Strategien und Taktiken wie auch ihre Organisationsformen scheinen im Wandel begriffen und gerade in der westlichen Hemisphäre zunehmend darauf ausgerichtet zu sein, die (Kommunikations-)Strukturen moderner Netzwerkgesellschaften für die Verfolgung der jeweils eigenen Ziele auszunutzen – und damit potentiell beträchtlichen Schaden anzurichten. Nicht erst seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA ist darüber hinaus die Frage nach Annäherungen, Übergängen und kurz- oder auch langfristigen Kooperationen zwischen Terrorismus und Organisierter Kriminalität zu einem sicherheitspolitisch wie auch wissenschaftlich viel diskutierten Topos avanciert. Allerdings wird die Diskussion unter den Vorzeichen einer verbreiteten Unklarheit über zentrale Begrifflichkeiten und Bestimmungskriterien für beide Phänomenbereiche und unter Rekurs auf Bedrohungsszenarien geführt, deren Stichhaltigkeit aufgrund eines Mangels an verlässlichen empirischen Daten durchaus umstritten ist. Dessen ungeachtet steht die Suche nach wirkungsvollen Bekämpfungsstrategien gegen Terrorismus und/oder Organisierte Kriminalität, nicht zuletzt aufgrund des beiden Phänomenen zugeschriebenen immensen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bedrohungspotentials, weit oben auf der nationalen wie auch internationalen sicherheitspolitischen Agenda. Bekämpfungsansätze sind sowohl proaktiv als auch reaktiv ausgerichtet und reichen von sozialpräventiven Maßnahmen über (verdeckte) polizeiliche Ermittlungen mithilfe avancierter Überwachungs- und Kontrolltechnologien bis hin zum Einsatz militärischer Kräfte. Einige dieser Bekämpfungsansätze werfen jedoch ihrerseits neue Fragen und Probleme auf und stehen im Verdacht, kontraproduktive Effekte oder sogar (nicht-intendierte) systemverändernde Wirkungen hervorzubringen.

Vor welchen methodischen, theoretischen und praktischen Herausforderungen stehen gegenwärtige Ansätze zur Erforschung, Analyse und Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität? Inwieweit ist es mit Blick auf den Stand des Wissens und der Forschung zu Ursachen, Zielen und Auswirkungen von Terrorismus und Organisierter Kriminalität angemessen und weiterführend, beide Phänomene gemeinsam in den Blick zu nehmen? Welche relevanten Wissensdefizite und welche sich daraus ergebenden Forschungsbedarfe lassen sich – vor allem mit Blick auf die Situation in Deutschland – identifizieren? Diese Fragen standen im Zentrum des interdisziplinären Fachworkshops „Transnationale Kriminalität in Deutschland: Organisierte Kriminalität und Terrorismus“ der am 25. Februar 2011 in Wiesbaden stattfand. Für die vom Projektteam des Fachdialogs Sicherheitsforschung konzipierte und organisierte Veranstal-

gestaltet von

tung konnte eine Reihe anerkannter Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Institutionen, Fachbereichen und aus der kriminologischen Praxis gewonnen werden.

Nach den einleitenden Grußworten von **Peter Zoche** (Fachdialog Sicherheitsforschung) und **Reinhold Friedrich** (BMBF) skizzierte **Hans-Jörg Albrecht** (Freiburg) in seinem Eröffnungsvortrag zentrale Konzepte, heterogene (historische) Erscheinungsformen sowie gegenwärtig beobachtbare Transformationen der Phänomene Terrorismus und Organisierte Kriminalität und verwies auf bestehende Unzulänglichkeiten von Begriffsdefinitionen und empirischen Forschungszugängen. Der vergleichende Blick auf beide Phänomenbereiche verdeutlichte einerseits relevante Unterschiede (Motivation, Ziele, Umgang mit Gewalt etc.) lasse aber auch geteilte Interessen, taktisch bedingte (temporäre) Kooperationen auf operativer Ebene und Konvergenzpotentiale sichtbar werden. So erleichtere das Operieren über Netzwerke die Kontaktaufnahme und die Feststellung gemeinsamer Interessen zwischen Akteuren beider Phänomenbereiche, insbesondere über die Peripherie von Netzwerken, die wissenschaftlich noch wenig erforscht sei. Albrecht konstatierte zudem einen grundlegenden Funktionswandel von Gewalt, als Instrument und als Ware auf Gewaltmärkten, und unterstrich nachdrücklich die Bedeutung ökonomischer Strukturen – namentlich Schattenwirtschaften – als wesentlichen Anknüpfungspunkt zwischen beiden Phänomenbereichen, der stärker in den Fokus empirischer Analysen rücken sollte.

Zum Auftakt des ersten Themenblocks „(Trans-)Nationale Organisierte Kriminalität – Situationsdarstellung und Herausforderungen“ stellte **Klaus von Lampe** (New York) Betrachtungen zu Tätermobilität und transnationalen Täternetzwerken ins Zentrum seines Beitrags. Der Versuch, organisierte Kriminalität durch Beschränkungen der Personenmobilität zu bekämpfen, greife angesichts der hohen Anpassungsfähigkeit und Flexibilität transnationaler Netzwerke zu kurz. Es gelte deshalb, sich stärker auf die Täternetzwerke, auf Prozesse der Netzwerkbildung und Netzwerkpflege zu konzentrieren: Wie funktioniert – ausgehend von einer Verortung auf lokaler Ebene – die Ausbreitung und Aufrechterhaltung von transnationalen Netzwerken? Wie und anhand welcher Kriterien werden Mitglieder rekrutiert und als vertrauenswürdig eingestuft, wie funktionieren Ersetzungsprozesse und welche Ausstiegsbedingungen lassen sich gegebenenfalls identifizieren? Von Lampe kritisierte abschließend die zu geringe Dichte und fehlende Kontinuität bzw. Längsschnittperspektive bisheriger Analysen und schloss mit einem Plädoyer für mehr Grundlagenforschung und systematisch vergleichende Analysen.

Jörg Kinzig (Tübingen) richtete den Fokus auf die Frage der rechtlichen Bewältigung von (polizeilich ermittelten) Erscheinungsformen organisierter Kriminalität. Auf Grundlage der Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojekts, in dessen Verlauf vielfältige quantitative und qualitative Erhebungs- und Analyseverfahren genutzt wurden, konstatierte er eine zunehmende „Verschleifung“ von Polizei- und Strafprozessrecht, die sich unter anderem in einem Trend zu proaktiven Ermittlungen, zu neuen Ermittlungs- und Strafverfahren manifestiere. Kinzig hob hervor, dass die Hauptverhandlung häufig als „Nadelöhr“ fungiere, ging in diesem Zusammenhang auf Notwendigkeit und Gefahren polizeilicher Zeugenschutzprogramme und Kronzeugenregelungen ein und verwies auf weiteren Forschungsbedarf zur Schnittstelle von polizeilicher Ermittlung und Strafverfolgung. Weiterhin sollten die Sicherung des Forschungsstandes verbessert, die Erforschung einzelner Kriminalitätsfelder, etwa der Wirtschaftskriminalität, intensiviert und auch die (unbewusste) Verstrickung der Bürger in Aktivitäten organisierter Kriminalität, wie bspw. Prostitution oder Zigaretten schmuggel, stärker in den Blick genommen werden.

GEFÖRDERT VON

Heinz Büchler (Wiesbaden) stellte die Problematik der Erfolgsbemessung von Maßnahmen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen und unterstrich die Notwendigkeit einer klareren Festlegung, Definition und Differenzierung von strategischen und operativen Zielen. Während polizeiliches Handeln sich stark an strategischen Zielsetzungen wie der Erstellung von Bedrohungsanalysen, dem Erkennen von Modi operandi krimineller Netzwerke und der Eindämmung von Gefährdungslagen orientiere, stünden aus Sicht von Justiz und Strafverfolgung häufig vor allem operative Ziele wie Strukturkenntnisse und der Nachweis von Straftaten im Vordergrund. Büchler betonte, dass eine fundierte Bewertung und Priorisierung der Gefährdungslage für den gezielten Einsatz von Ressourcen und eine effektive strategische Bekämpfung von organisierter Kriminalität unabdingbar sei, dafür zwingend benötigte empirische Daten zu den tatsächlichen Dimensionen transnationaler organisierter Kriminalität jedoch fehlten.

Dieser Befund wurde in der anschließenden Diskussion und im Verlauf des Workshops wiederholt bekräftigt: Die Entwicklung eines realistischeren Gefahrenbegriffs und die Erstellung von belastbaren Bedrohungsanalysen und Lagebildern, die es ermöglichen, empirisch fundierte Aussagen über die gesellschaftliche Relevanz spezifischer Kriminalitätsbereiche zu treffen und entsprechende Priorisierungen vorzunehmen, wurden als wichtige Forschungsdesiderate benannt. Darüber hinaus sei für eine effektive Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowohl eine verbesserte internationale Kooperation als auch eine intensivere Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden und Justiz im strategischen Bereich notwendig. Die Forschung zu kriminellen und terroristischen Netzwerken könnte durch eine verstärkte Nutzung von Methoden der sozialen Netzwerkanalyse wichtige neue Impulse erhalten. Weiterhin wurde eine stärkere Beachtung der raumbezogenen Dimensionen von Phänomenen transnationaler Kriminalität angemahnt; die Bildung von Netzwerken diene nicht zuletzt der Herstellung spezifischer Räume krimineller Aktivität, welche herkömmliche Abgrenzungen von (nationalen) Räumen überschritten und überlagerten.

Die zweite Sektion des Workshops war dem Thema „*Terrorismus – Analysen, Forschungsbe-funde und Fragen*“ gewidmet. **Christopher Daase** (Frankfurt am Main) warnte in seinem Forschungsüberblick vor der Vernachlässigung historischer Linien durch einen verkürzten Fokus auf die vermeintliche Neuheit von Phänomenen. Begriffsgeschichtliche und konzeptuell-normative Analysen, die über die eminenten politischen Implikationen von Begriffsbildungen und -verwendungen informieren, seien ebenso unverzichtbar wie vergleichende Langzeitstudien zu Erscheinungsformen, Ursachen, Strategien und Entwicklungen des Terrorismus. Nur so könnten Kontinuitäten wie auch strukturelle Veränderungen, Transformationsdynamiken und mögliche Konvergenzentwicklungen von krimineller und politischer Gewalt nachgezeichnet und damit eine wichtige Grundlage für angemessenere Prognosen geschaffen werden. Mit Blick auf Deeskalations- und Integrationsstrategien hob Daase die zentrale Bedeutung der Frage nach Formen politischer Anerkennung hervor. Zudem bestehe erheblicher Forschungsbedarf zu geeigneten Kriterien für die Bewertung der Effektivität, Effizienz und Legitimität von Maßnahmen und Strategien gegen Terrorismus, sowie zu strukturellen und organisatorischen Problemen und Herausforderungen der inter-institutionellen (zivil-militärischen) Zusammenarbeit, etwa im Hinblick auf Strategien der „counter-insurgency“ und des zivilen Wiederaufbaus.

Im Fokus des Beitrags von **Sebastian Scheerer** (Hamburg) standen Überlegungen zur theoretischen Konzeptualisierung von (De-)Radikalisierungsprozessen und zur Präventionsforschung. Scheerer plädierte für eine Integration von Karrieremodellen mit neueren kriminologischen Theorieansätzen, um deren jeweilige Potentiale für die Aufhellung komplexer Wirkungszusammenhänge und bestehender „black boxes“ innerhalb von Karrieremodellen – wie die Frage nach biographischen „turning points“ in (De-)Radikalisierungsprozessen – fruchtbar zu machen. Auch im Bereich der Präventionsforschung sei bislang zu wenig über das Zusammenwirken und den relativen Stellenwert von (gegen-)ideologischen, biographischen und makrostrukturellen (Kontext-)Einflüssen oder auch kognitiven Prozessen für die subjektive Empfänglichkeit für spezifische Präventionsansätze bekannt. Darüber hinaus könnten durch Sekundär- und Metaanalysen vorhandener empirischer Daten, etwa in Form von vergleichender Forschung zu (De-)Radikalisierungsprozessen in unterschiedlichen Bereichen, wichtige Erkenntnisse zu parallelen Struktur- und Prozessmerkmalen aber auch differenziellen Besonderheiten gewonnen werden.

Uwe Kemmesies (Wiesbaden) unterstrich in seinen method(olog)ischen Reflexionen zu den Herausforderungen der Terrorismusforschung den zentralen Stellenwert sozialwissenschaftlicher Forschungs- und Erklärungsansätze. Es gelte, Terrorismus als genuin soziale Handlung zu begreifen und die unterschiedlichen Weltansichten und Interessen der involvierten Akteure – auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung – wahr- und ernst zu nehmen. Angesichts der Komplexität des Gegenstandes sei eine multiperspektivisch, methodenplural und vor allem vergleichend angelegte sozialwissenschaftliche Forschung unerlässlich, um – ausgehend von der Ursachen-Trias von Person, Ideologie und Umfeld – die vielfältigen Kontextbedingungen, Interdependenzen, Interaktionen und Dynamiken auf und zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen (System-)Ebenen in den Blick zu bekommen. Dies sei nicht zuletzt für die Entwicklung angemessener Bekämpfungs- und Präventionsstrategien, auf individueller wie kollektiver Ebene, von zentraler Relevanz. Kemmesies hob die Notwendigkeit einer systematischen Evaluation entsprechender Maßnahmen hervor, die jedoch bisher faktisch nicht stattfinde, so dass es an empirisch fundiertem Wissen zu intendierten wie auch nicht intendierten Folgen von Anti-Terror-Maßnahmen fehle. Abschließend plädierte Kemmesies für eine Intensivierung des Dialogs zwischen Sozialwissenschaften und Sicherheitsbehörden und unterstrich die Potentiale einer stärkeren Zusammenarbeit und gemeinsamen Diskussion grundlegender Fragen – auch jenseits eines unmittelbaren Umsetzungsbedarfes.

Matenia Sirseldudi (Hamburg) diskutierte in ihrem Beitrag, ausgehend von einer Konzeptualisierung von Frühwarnsystemen als challenge-response-Prozessen, Potentiale von und Erwartungen an Frühwarnungen vor Gewalteskalation. Von entscheidender Bedeutung seien hierbei die Bereiche Früherkennung (early detection) und Frühwarnung (early warning) sowie, daran anknüpfend, adäquate Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Eindämmung von Gewalteskalationen (early response). Das frühe Eingreifen sollte so weit als möglich unter Verzicht auf Zwangsmittel erfolgen. Ungeachtet diverser methodischer und praktischer Probleme der Früherkennung und Frühwarnung, unterstrich Sirseldudi, könnten Frühwarnsysteme einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung bzw. kurz-, mittel- oder auch langfristig angelegten Prävention von Radikalisierungsprozessen und Gewalteskalationen sowie zur Eindämmung von Konflikten durch Vorsorgemaßnahmen und die Reduzierung von Vulnerabilität (preparedness) liefern.

GEFÖRDERT VON

In der Diskussion der Beiträge wurde die von Daase angemahnte Überwindung von dichotom angelegten Begrifflichkeiten und Analysekatégorien bekräftigt; nur so könnten Phänomene und komplexe Zusammenhänge, die faktisch häufig quer zu derartigen Unterscheidungen lägen, adäquat erfasst werden. Weiterhin wurde eine verbesserte Integration von Mikro- und Makroperspektiven und eine intensivere Analyse von Kontextbedingungen des Risikoumfelds („risk environment“) als Einflussfaktoren für potentielle Vulnerabilitäten aber auch Empfänglichkeiten für Präventionsansätze angemahnt. Mit Blick auf die Frage der „turning points“ in (De-)Radikalisierungsprozessen, etwa des Umschlagens von Radikalisierung in Gewalt, sei ebenfalls nach wie vor zu wenig Wissen über relevante Einflussfaktoren vorhanden. Gleiches gelte für die Annahme eines symmetrischen Verlaufs von Radikalisierung und Deradikalisierung; diese könnte sich durch eine systematischere Erforschung des Zusammenhangs von Lebensalter und Radikalisierung (age-crime curve) als nicht haltbar erweisen. Kontrovers diskutiert wurde Kemmesies' These einer vergleichsweise geringen Bedeutung von ideologischen Einflüssen für Radikalisierungsprozesse auf individueller Ebene. Forschungsarbeiten zur individuellen wie auch gruppenspezifischen Rezeption von Ideologie, zur Bedeutung von Propaganda und zur Frage, welche Chancen und Risiken „counter-narratives“ als Ansatz zur Bekämpfung von Terrorismus bieten, könnten hier neue Erkenntnisse liefern. Zudem wurde für eine Ergänzung kriminologischer Forschung durch (entwicklungs-)psychologische Perspektiven plädiert: Hier seien wichtige Impulse für die Erforschung von (De-)Radikalisierungsprozessen zu erwarten, zudem könnten Analysen zu Coping-Stilen und Coping-Strategien wertvolle Hinweise auf mögliche Ansatzpunkte für Präventionsmaßnahmen liefern. Mit Blick auf die von Sirseloudi diskutierten Frühwarnsysteme wurde die Notwendigkeit eines sensiblen Umgangs mit von diesen bereitgestellten Informationen unterstrichen und vor möglichen nicht-intendierten Effekten und Folgekosten, bspw. im Falle von „false positives“, gewarnt. Frühwarnsysteme dienen weniger zur konkreten Vorhersage von Ereignissen und Konflikten als vielmehr dazu, mögliche Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, und ein informationsgestütztes Abwägen von Handlungsoptionen im Rahmen strategischer Planungen zu ermöglichen und zu unterstützen.

Zum Auftakt der dritten thematischen Session „*Ökonomische/finanzielle Aspekte komplexer und transnationaler Kriminalität*“ richtete **Tim Krieger** (Marburg) den Fokus auf ökonomische Aspekte des transnationalen Terrorismus. Die ökonomische Relevanz des Terrorismus beschränke sich nicht auf die Frage nach direkten und indirekten Folge(koste)n, sondern es stehe zu vermuten, dass auch dessen Ursachen bis zu einem gewissen Grad ökonomisch (mit)bedingt und mittels empirischer Analysen identifizierbar seien. Ausgehend von einer „Kosten-Nutzen-Matrix des Terroristen“ und der These, dass terroristische Aktivitäten im Kern durch Kosten-Nutzen-Abwägungen terroristischer Akteure bestimmt sind, diskutierte Krieger darüber hinaus mögliche Implikationen für Anti-Terror-Maßnahmen. Diese zielten bisher primär auf eine Erhöhung der Kosten, ein weiterer Ansatzpunkt sei jedoch die Absenkung des Nutzens terroristischer Aktivitäten, etwa durch einen souveränen Umgang von Bevölkerung und Politik mit terroristischer Bedrohung oder auch die Reduzierung von Verwundbarkeiten bspw. durch Dezentralisierungsmaßnahmen.

Im Zentrum des Beitrags von **Wolfgang Hetzer** (Brüssel) stand der Bereich der Finanzkriminalität, bei der es sich, so machte er deutlich, um eine Spielart der Organisierten Kriminalität handle. Die internationale Finanzkrise werde in der öffentlichen Diskussion überwiegend als gleichsam „naturwüchsiges Phänomen“ behandelt; die Idee, dass man es mit einem gleichgerichteten kriminellen Verhalten zu tun habe – das nach fundierter Ursachenanalyse und insbesondere strafrechtlicher Aufarbeitung verlangt – finde dagegen, auch und gerade von Seiten der

GEFÖRDERT VON

Wissenschaft, bis dato nur wenig Resonanz. Die Schuldfrage zu stellen sei von politischer Seite sogar wiederholt explizit zurückgewiesen worden. Eine systematische wissenschaftliche Untersuchung des Verhaltens einzelner Akteure oder Akteursgruppen habe bisher nicht stattgefunden; Fragen der strafrechtlichen Verantwortung und finanziellen Haftung seien ebenso wie eine Fülle weiterer Fragen zu Risiken, Fehlern oder auch verfügbaren Ansätzen zur Bewältigung drängender Probleme weitgehend ungeklärt.

Kriegers Ansatz, den Phänomenbereich Terrorismus aus ökonomischer Perspektive zu untersuchen, stieß auf reges Interesse; die Diskussion drehte sich dann um methodische Fragen zum vorgestellten empirischen Vorgehen. Diese betrafen das verwendete Datenmaterial, den sehr weit gefassten Nutzenbegriff und die Warnung vor einer Überstrapazierung der Erklärungskraft einzelner Indikatoren, die möglicherweise nicht geeignet seien, um daraus weitreichende Schlüsse bspw. zu „root causes“ von Terrorismus abzuleiten. In der Diskussion von Hetzers Vortrag zu Finanzkriminalität wurde die Notwendigkeit einer fundierten Ursachenanalyse der Finanzkrise bekräftigt. Dabei sei jedoch mit erheblichen Widerständen und Ablehnung zu rechnen – allein eine Analyse der hier ins Spiel kommenden Interessen könne durchaus Hinweise auf neue Formen Organisierter Kriminalität liefern. Da die Finanzkrise ein weder zeitlich noch inhaltlich klar abgrenzbares Phänomen sei, reichten zudem Vergangenheitsbetrachtungen allein nicht aus: "Wir stehen am Rand – die Krise ist nicht vorbei!"

Zusammenfassung und Ergebnisse:

Empirische Erscheinungsformen, Ursachen und Wirkungen von Terrorismus und Organisierter Kriminalität sind äußerst heterogen, beide Phänomenbereiche verweisen auf komplexe, konfliktbehaftete soziale Sachverhalte und berühren politische wie auch rechtliche Querschnittsmaterien. Zwischen beiden Phänomenbereichen gibt es eine Vielzahl relevanter Unterschiede, die es zu beachten und im Blick zu behalten gilt, gleichwohl lassen sich zumindest partielle Übereinstimmungen und Zusammenhänge erkennen, die im Hinblick auf bestimmte Problemfokussierungen hilfreich sein können. Ein herausragendes Ergebnis des Workshops war es, die Spannweite und Relevanz unterschiedlicher analytischer und disziplinärer Perspektiven auf Phänomene komplexer transnationaler Kriminalität aufzuzeigen und dabei zugleich auch übergreifende Fragen, Zusammenhänge und Anknüpfungspunkte zwischen auf den ersten Blick mitunter sehr unterschiedlichen Phänomenen und Ansätzen zu deren Erforschung in den Blick zu nehmen. Neben den Beiträgen der Referentinnen und Referenten trugen hierzu auch die beiden resümierenden Statements von **Hans-Jörg Albrecht** und **Uwe Kemmesies** bei.

Zentrale Begriffe wie "Gefahr", "Risiko" oder "Früherkennung", unterstrich Albrecht, haben über Disziplinen- und Professionsgrenzen hinweg eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Dies sollte in interdisziplinärer Auseinandersetzung aufgearbeitet werden, um daran anknüpfend den spezifischen Umgang mit unterschiedlichen Gefahren und Risiken in den Blick nehmen zu können. Eine Zusammenführung des theoretischen und empirischen Wissens unterschiedlicher Disziplinen im Hinblick auf diese Fragestellungen sei eine zentrale Aufgabe künftiger Forschung. In der Diskussion wurde zudem deutlich, dass der Entwicklung geeigneter sozialer Präventionsstrategien – auf individueller/kollektiver Ebene und in unterschiedlichen Kontexten – als Ansatz zur wirksamen Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität entscheidende Bedeutung beigemessen wird, technische Präventionsmaßnahmen dagegen eine allenfalls untergeordnete Rolle zu spielen scheinen.

GEFÖRDERT VON

Die Beiträge des Workshops sollen als Sammelband publiziert und auf diesem Weg einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden.

Referenten- und Teilnehmerverzeichnis

- | | | |
|-----|---|--|
| 1. | Dr. Marwan Abou Taam | Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Mainz |
| 2. | Prof. Dr. Dr. Hans-Jörg Albrecht | Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Strafrecht
Freiburg i. Br. |
| 3. | Harald Arnold | Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Strafrecht
Abteilung Kriminologie
Freiburg i. Br. |
| 4. | Sabine Blum M.A. | Albert-Ludwigs-Universität
Institut für Soziologie
Freiburg i. Br. |
| 5. | Dr. Oliver Bossert | Langenfeld |
| 6. | Dr. Hans Büchler | Bundeskriminalamt
Wiesbaden |
| 7. | Prof. Dr. Christopher Daase | Goethe-Universität Frankfurt a. M.
Lehrstuhl Internationale Organisation
Frankfurt a. M. |
| 8. | Dorothee Dienstbühl | Humboldt-Universität
Philosophische Fakultät
Berlin |
| 9. | Anja Ditfeld | VDI Technologiezentrum GmbH
Projektträger Sicherheitsforschung
Düsseldorf |
| 10. | Michael Fischer | Universität Hamburg
Institut für Sicherheits- und
Präventionsforschung |

- | | | |
|-----|------------------------------|--|
| 11. | Thomas A. Fischer | Ruhr-Universität Bochum
Studiengang Kriminologie und
Polizeiwissenschaft |
| 12. | RD Reinhold Friedrich | Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMBF
Referat 522 Sicherheitsforschung
Bonn |
| 13. | PD Dr. Rita Haverkamp | Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Strafrecht
Abteilung Kriminologie
Freiburg i. Br. |
| 14. | Dr. Wolfgang Hetzer | Europäische Kommission
European Anti-Fraud Office
Brüssel |
| 15. | Dr. Martin Kahl | Universität Hamburg
Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik |
| 16. | PD Dr. Stefan Kaufmann | Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Institut für Soziologie
Freiburg i. Br. |
| 17. | Dr. Uwe E. Kemmesies | Bundeskriminalamt
Wiesbaden |
| 18. | Prof. Dr. Jörg Kinzig | Universität Tübingen
Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht |
| 19. | Dr. Wilhelm Knelangen | Christian-Albrechts-Universität
Institut für Sozialwissenschaften
Bereich Politikwissenschaft
Kiel |
| 20. | Dr. Daniel Jeffrey Koch | Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung ISI
Karlsruhe |

- | | | |
|-----|-------------------------------------|--|
| 21. | Prof. Dr. Tim Krieger | Philipps-Universität Marburg
Lehrstuhl für Institutionenökonomie |
| 22. | Prof. Dr. Thomas Kron | RTWH Aachen
Institut für Soziologie |
| 23. | Prof. Dr. Jens Luedtke | Universität Frankfurt
Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse |
| 24. | Prof. Dr. Sebastian Scheerer | Universität Hamburg
Institut für Kriminologische Sozialforschung |
| 25. | Matenia Sirseloudi | Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik
Hamburg |
| 26. | Stefan Uecker | Bundesministerium des Innern BMI
Ref. ÖS I2, Schwere und organisierte Kriminalität;
Rauschgiftkriminalität
Berlin |
| 27. | Prof. Dr. Klaus von Lampe | John Jay College of Criminal Justice
Department of Law, Police Science and Criminal
Justice Administration
New York |
| 28. | Dr.-Ing. Karin Wey | VDI Technologiezentrum GmbH
Fachkoordinatorin Sicherheitsforschung
Düsseldorf |
| 29. | Daniel Witte M.A. | Universität Bonn
Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur“, Centre
for Advanced Study |
| 30. | Peter Zoche M.A. | Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung ISI
Projektleitung Fachdialog Sicherheitsforschung
Karlsruhe |